

DEMO NEWSLETTER

Ausgabe 12 | 2009

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein turbulentes „Superwahljahr“ liegt hinter der SPD. 17 Schlachten galt es zu schlagen, allein acht davon auf kommunaler Ebene. Die Bilanz fällt durchwachsen aus. Während besonders in NRW Boden gut gemacht werden konnte und mit Köln und Essen wichtige Städte zurückerobert wurden, waren die Niederlagen im Südwesten der Republik schmerzhaft. Über allem thronte natürlich die Bundestagswahl, deren Ergebnis nun vor allem die

Kommunen zu spüren bekommen (s. heute erschienenen DEMO-Titel zum Koalitionsvertrag). Was nach dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ im neuen Jahr alles aus der schwarz-gelben Hexenküche kommen wird, bleibt abzuwarten. Nun ist erst mal ein wenig Entspannung angesagt. Die DEMO-Redaktion wünscht frohe und ruhige Festtage und einen angenehmen Jahreswechsel!

Herzliche Grüße Kai Doering

DEMO 12/2009: Finanzkrise trifft die Kommunen



Titel: Schwarz-gelber Koalitionsvertrag

Union und FDP haben einen Koalitionsvertrag aus den 1990er-Jahren recycelt. Nur in puncto Kommunen ist er noch unfreundlicher als damals. Im Titel analysieren Kommunalpolitiker, was von der neuen Bundespolitik zu halten ist und was wir zu tun haben.

Berichte

In Saarbrücken klappt es doch noch mit Rot-Rot-Grün, in der Nähe von Magdeburg wurde Mitte Mai

der erste privat geführte Knaser eröffnet, Marburg konnte seine Schulden auch in Zeiten der Wirtschaftskrise senken, seit Staufen muss wieder für erneuerbare Energie geworben werden und die Koalitionäre in Sachsen und Thüringen sind im Alltag gelandet.

Report: Kommunale Dienstleistungen

Zukunft der Kommunalwirtschaft. Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung. Umbrüche im Kliniksektor. NKF und Doppik. Schuldenmanagement. Kommunaler Klimaschutz. Gebäudemanagement. Kommunen und private Anbieter. ÖPP und Privatisierung.

+++ Neu: Deutschland kommunal 2010 +++



Anfang November erscheint die neue Ausgabe des großen Kommunalhandbuchs – umfassend und übersichtlich:

Kommunale Institutionen in Städten, Kreisen, Ländern und dem Bund; Verwaltungs- bzw. Dezernatsstruktur aller Städte

über 20 000 Einwohner mit Anschriften; Verteilung der Sitze in Rat und Kreistagsfraktion; (Ober-)

Bürgermeister, Stadträte und Dezernenten mit Parteizugehörigkeit und Kontaktdaten; E-Government-Beauftragte. Neu: Kommunalberatungen.

Weitere Schwerpunkte:

Parteien, Wirtschaft, Energie/Stadtwerke aus Städten mit über 100 000 Einwohnern, Verkehr, Medien, Umwelt/Entwicklung, Freizeit, Kultur

Termine: Fachmessen, Kongresse, Veranstaltungen

Das neue Nachschlagewerk ist ab Anfang November erhältlich unter www.demo-online.de oder bei Stefanie Martin, Fax: (030) 255 94-199, vertrieb@demo-online.de

Einen besonderen Service bietet die DEMO-Anzeigenabteilung für Werbekunden und solche, die es werden wollen: eine aktuelle und detaillierte The-

menvorschau für die jeweils kommende Ausgabe der DEMO.

Infos unter witzel@demo-online.de

Die Rubriken im DEMO-Newsletter:

- 2-4 Politik
- 5 Rezension
- 6 Klima
- 7 IT und Wirtschaft
- 8 Aus SPD & SGK
- 9 Tipps
- 10 Termine, Impressum

Anzeige

Qualität für die Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft
Dafür steht der **Entsorgungsfachbetrieb**
www.bvse-entsorgungsgemeinschaft.de
Mit Durchblick. Für Qualität!

Entsorgungsgemeinschaft e. V.

Anzeige

CEP® CLEAN ENERGY & PASSIVEHOUSE
25 - 27.02.2010
Stuttgart, Germany

www.demo-online.de

Die DEMO 12/2009-1/2010 erscheint am 10. Dezember 2009. Täglich aktuelle Infos unter www.demo-online.de
„Deutschland kommunal 2010“ ist erhältlich unter vertrieb@vorwaerts.de, die Mediadata unter witzel@demo-online.de

Berlin investiert in Bildung und Betreuung

Berlins Abgeordnetenhaus stimmte gestern mit der Mehrheit von Rot-Rot dem Doppeletat 2011/2012 in Höhe von jeweils knapp 22 Milliarden Euro zu. Der Schwerpunkt des Senats liegt laut Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit bei der Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Das bedeutet u.a., dass ab 2011 alle Drei- bis Sechsjährigen gratis zur Kita gehen können, zudem wird die Kita-Qualität mit weiteren Millionen Euro verbessert. Ab dem Schuljahr 2010/11 wird die Ganztagsgemeinschaftsschule eingeführt, die Hochschulen erhalten mehr Geld und mit eigenen sowie mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II werden Schulen und Kitas saniert. Insgesamt steigt Jürgen Zöllners Bildungs-

etat 2011 um 120, 2011 noch um 11 Millionen Euro. SPD-Landesvorsitzender Michael Müller kündigte an, dass Rot-Rot noch diese Legislaturperiode versuchen wollen, private Versorgungsbetriebe zu rekommunalisieren. Linken-Fraktionschef Udo Wolff versprach, es gebe keine Einschnitte in die soziale Infrastruktur. Laut CDU-Fraktionschef Frank Henkel prägen „Streit und Stillstand“ das Bild der Regierung, die grüne Fraktionschefin Ramona Pop sieht den Haushalt als „in Zahlen gegessene Planlosigkeit“: Rot-Rot habe keine Antwort auf die entscheidenden Fragen der Zukunft. FDP-Fraktionschef Christoph Meyer sieht den rot-roten Senat 2011 abgewählt, die Jahre davor seien „verschenkt“.



Bild: pixelio.de, Peter Kirchhoff

Quellen: Berliner Morgenpost, Berliner Zeitung und Tagesspiegel vom 11. Dezember, www.spdfraktion-berlin.de

Grünes Licht für Stuttgart 21

Das größte Schienen- und Tiefbauprojekt der Republik kann starten: Nach dem Bahnaufsichtsrat gaben gestern auch die anderen Projektbeteiligten Bund, Land, Stadt und Region Stuttgart grünes Licht für den unterirdischen Bau des Stuttgarter Bahnhofs samt Gleisanschlussstrecken.

Der Aufsichtsrat hatte die aktualisierte, d.h. um eine Milliarde auf rund 4,1 Milliarden Euro verteuerte Kostenschätzung einstimmig gebilligt. Am Mittwoch gaben auch die anderen Projektteilnehmer ihr Placet zu dem Projekt, dass 2008 mit 3,076 Milliarden Euro plus einem Risikofonds von 1,45 Milliarden Euro veranschlagt worden war. Die ursprünglichen Pläne der Deutsche Bahn AG hatten Kosten von 4,9 Milliarden Euro enthalten,

waren aber laut Bahnchef Rüdiger Grube durch „abgespeckte Planungen“ unter der „Sollbruchstelle“ von 4,5 Milliarden Euro geblieben. Während der Flughafenchef und der Vorsitzende des Forums Region Stuttgart sowie weitere Wirtschaftsvertreter die Entscheidung begrüßten, nannten Grüne und BUND das Projekt „abenteuerlich und verantwortungslos“. Baubeginn soll Februar 2010 sein.

In der Aufsichtsratssitzung am Dienstag hatte die Bahn den zuständigen Infrastrukturvorstand Stefan Garber zum 1. Januar 2010 „freigestellt“. Dies habe nichts mit der Milliardenverteuerung von Stuttgart 21 zu tun, versicherte ein Bahnsprecher. Mit Garber ging in diesem Jahr bereits der fünfte Bahnvorstand vorzeitig. sg



Visualisierung: Aldinger & Wolf

Quellen: Berliner Morgenpost und Stuttgarter Zeitung vom 10. Dezember, Stuttgarter Zeitung vom 9. Dezember, www.welt.de, www.das-neue-herz-europas.de

Neuwahlen in Dortmund – und in Krefeld?

Wie in Dortmund – wo der Rat inzwischen einvernehmlich Neuwahlen im März 2010 beschloss –, so vielleicht auch bald in Krefeld: Weil der Krefelder OB Gregor Kathstede (CDU) erst elf Tage nach seiner Wiederwahl zugegeben hatte, dass „seine“ Stadt ein 60-Millionen-Euro-Loch im Haushalt hat (vorher hatte er mit einem angeblich ausgeglichenen Haushalt für seine Wiederwahl geworben),

drohen der Stadt eventuell Neuwahlen. Obwohl sich der OB bisher beharrlich Rücktrittsforderungen verweigert, wird im Januar 2010 ein Wahlprüfungsausschuss die Argumente für oder wider Neuwahl wägen. Wird es dazu kommen, könnte sein Herausforderer und SPD-Fraktionschef Ulrich Hahnen vielleicht die 406 Stimmen holen, die ihm bei der letzten Wahl gefehlt haben. nr

Jobcenter-Reform liegt noch im Argen

Die SPD-geführten Bundesländer wollen sich weiterhin gegen die von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) angestrebte Reform der Jobcenter wenden. Bis Ende 2010 soll die vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestufte Mischverwaltung von Kommunen und Arbeitsagenturen beendet werden. Von der Leyen will dem nachkommen, indem Bundesagentur für Arbeit und Kommunen ihre Betreuungsaufgaben künftig getrennt wahrnehmen, aber auf vertraglicher Basis weiter zusammenarbeiten können. SPD und Linke hingegen wollen durch eine Grundgesetzänderung sicherstellen, dass die Langzeitar-

beitslosen auch künftig aus einer Hand betreut werden. Die SPD-Bundestagsfraktion plant deshalb, die gemeinsam vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit den Ländern bereits im Februar 2009 erarbeiteten Gesetzentwürfe in den Deutschen Bundestag einzubringen. Städtetag sowie Städte- und Gemeindebund stehen zunehmend positiv von der Leyens Vorschlag gegenüber. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hingegen lehnt die Pläne wegen zu hohen Verwaltungsaufwands, dadurch erhöhte Kosten und eventueller Verwirrung bei den Langzeitarbeitslosen ab. nr



Fotos: pixelio.de, Matthias Stöbener

Quellen: Handelsblatt vom 8. Dezember, PM Deutscher Städtetag vom 7. Dezember, www.bundes-sgk.de

Stuttgart erhöht Steuern

Anfang Dezember hat der Stuttgarter Gemeinderat die Erhöhung der Vergnügungssteuer zum 1. Januar 2010 um bis zu 18 Prozent und die Einführung einer Zweitwohnungssteuer zum 1. Januar 2011 beschlossen. Am 18. Dezember soll im Gemeinderat der Doppelhaushalt 2010/2011 beschlossen werden; an die-

sem Tag wird auch darüber abgestimmt, um wie viel Hebesatzpunkte die Grundsteuer (derzeit 420, geplant sind bis zu 500) angehoben wird. Bei der Vergnügungssteuer erwartet die Stadt zusätzliche Einnahmen von 1,2 Millionen Euro im Jahr, bei der Zweitwohnungssteuer ca. 840 000 Euro. *nr*

Quelle: Stuttgarter Zeitung vom 3. Dezember

Teures Kommunalparlament

Frankfurt am Main hat das teuerste Kommunalparlament in Hessen. Das geht aus einem Vergleich der hessischen Kommunen durch den hessischen Bund der Steuerzahler hervor. So lässt sich die Main-Metropole die Arbeit ihrer Stadtverordneten fast vier Millionen Euro im Jahr kosten – 42 000 pro Parla-

mentarier. In Kassel hingegen kostet jeder Kommunale nur 11 000 Euro – für die Stadt bedeutet das weniger als 800 000 Euro im Jahr. Am billigsten arbeitet man in Karben: Dort kostet jeder Verordnete nur 575 Euro im Jahr. *nr*

Quelle: Frankfurter Rundschau vom 12. November

www.steuerzahler-hessen.de

Keine Landrat-Direktwahl mehr in SH

In Schleswig-Holstein werden die Landräte künftig wieder vom Kreistag und nicht mehr direkt von den Bürgern gewählt. Ausschlaggebend für diese Entscheidung des Landtags war die zunehmend geringer werdende Wahlbeteiligung bei Landrats-

wahlen, die z.B. in Nordfriesland 2007 bei nur noch 23,3 Prozent lag. In den vier kreisfreien Städten des Landes wird es hingegen bei einer Direktwahl der Oberbürgermeister bleiben. *nr*

Quelle: Der Landtag Schleswig-Holstein, 8/2009

Rechts = links?

Zwischen Januar und September gab es über 13 000 rechte Straftaten, so die Bundesregierung. Diese Zahl wird ihrer Aussage noch erheblich steigen bis Jahresende, da noch nicht alle Landeskriminalämter ihre Zahlen für die drei Monate vor September weitergegeben haben und nicht zu erwarten ist, dass die Rechten ihre Taten im letzten Quartal einstellen. Mit diesen Zahlen im Hinterkopf erscheint

es auch unverständlich, warum die neue Familienministerin Kristina Köhler (CDU) genauso wie ihre Vorgängerin die staatlichen Programme gegen Gewalt auf den Prüfstand stellen bzw. um die Programmpunkte linke und islamistische Gewalt erweitern will, ohne die dafür benötigten Gelder zu erhöhen. *nr*

Quellen: Tagesspiegel vom 23. November und Stuttgarter Zeitung vom 8. Dezember

Brandenburg erhält Stasi-Beauftragte

20 Jahre nach dem Mauerfall ist Brandenburg das letzte ostdeutsche Land, das eine Stasi-Beauftragte erhält. Laut Vorschlag von Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) soll die frühere Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe nach Möglichkeit noch im Dezember zur Stasi-Beauftragten des Landes gewählt

werden, die sich zudem der Unterstützung aller im Landtag vertretenen Parteien sicher sein kann. Gleichzeitig wird die Verabschiedung eines Gesetzes zur ersten Stasi-Überprüfung des Landtags seit 1991 von Mitte Dezember auf Januar 2010 verschoben. *nr*

Quellen: Süddeutsche Zeitung vom 8., Tagesspiegel, Berliner Zeitung und Berliner Morgenpost vom 9. Dezember 2009

Querelen um Nürburgring-Gesellschaft

Einige Turbulenzen gibt es beim Freizeitparkprojekt am Nürburgring. Nachdem eine öffentlich-private Partnerschaft des Landes im Juli floppte und Finanzminister Prof. Ingolf Deubel zum Rücktritt zwang, soll laut MP Kurt Beck nun eine private Gesellschaft aus der Hotelgruppe Lindner und dem Projektentwickler Mediinvest den rund 300 Millionen Euro teuren Freizeitpark betreiben. Die Betreiber erhalten zinsgünstige Kredite von der landeseigenen Investitions- und Strukturbank ISB. Walter Kafitz, Geschäftsführer der landeseigenen Nürburgring GmbH, wurde fristlos entlassen, weil er den Aufsichtsrat zu spät informiert habe, dass die „schlechte bewirtschaftete“ Ticketgesellschaft, so

Beck, „am Rande der Insolvenz“ gestanden habe. Zuvor hatten die CDU-MdL Michael Billen und Peter Dincher gestanden, sich illegal über Polizeikontakte Daten über die gescheiterte Finanzierung des Projekts besorgt zu haben. Billen legte sein Mandat nieder, Dincher verließ den Untersuchungsausschuss. SPD-Fraktionschef Jochen Hartloff sprach von „skrupelloser Verletzung der Gewaltenteilung“ und forderte Aufklärung von CDU-Fraktionschef Christian Baldauf. Der übergab der Staatsanwaltschaft eine Mail von Dincher an ihn, um ihn zu sprechen. Baldauf behauptet, davon habe er nichts gewusst. *sg*



Der Nürburgring im Umbau,
Foto: flickr.com, mjohn2101

Quellen: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. und Bonner General-Anzeiger vom 3. Dezember, www.swr.de

CDU-General unter Druck

Hendrik Wüst, 34, Jurist, CDU-General in NRW mit Vorliebe für Attacke, gerät unter Druck: Erst wurde bekannt, das er als MdL seit 2006 rd. 5 000 Euro zu viel Zuschüsse zu seiner privaten Krankenversicherung erhalten hatte. Er habe das nicht gewusst und den Betrag nachgezahlt, so Wüst reuig. Dann kam heraus, dass er von 2004 bis 2009 als Ratsherr in Rhede von 36 Sitzungen nur 16 besucht, aber stets seine Entschädigung von 184 Euro monatlich kassiert habe. Weiter wurde ruchbar, die Landtagsverwaltung habe am 23. Januar 2009 alle MdL in-

formiert, Beiträge anderer Arbeitgeber zur Krankenkasse zu melden. Für SPD-Geschäftsführerin Carina Gödecke erweist sich Wüsts Aussage, er habe nichts gewusst, „immer mehr als unwahre Ausrede“. Laut SPD-Fraktionsvize Ralf Jäger gibt Wüst gern den Law-and-Order-Politiker. Er sei nun fällig, wenn andere Arbeitnehmer wegen eines eingesteckten Pfandbons oder einer gegessenen Frikadelle gekündigt würden. Jetzt kam heraus, dass Wüst vier Mitarbeiter gekündigt hat, weil sie „geplaudert“ hätten. Die wehren sich vor Gericht. sg



Bild: www.hendrik-wuest.de

Quellen: FAZ vom 9., Bonner General-Anzeiger vom 10. und 8. und Frankfurter Rundschau vom 4. Dezember.

Städte überwinden Ländergrenzen

Oberbürgermeister aus Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen wollen künftig enger über die Ländergrenzen hinweg zusammenarbeiten. Dazu verabschiedeten sie auf der 3. Konferenz des Forums mitteleuropäischer Städte die sechs Punkte umfassende „Halle'sche Erklärung“. Beteiligt sind die Städte Al-

tenburg, Bitterfeld-Wolden, Dessau-Roßlau, Freiberg, Gera, Gotha, Halberstadt, Halle, Jena, Eisleben, Wittenberg, Merseburg, Naumburg, Nordhausen, Pößneck, Schönebeck, Stendal, Weißenfels, Wernigerode und Zeitz.

kai

Göttinger SPD will an Familienbündnis festhalten

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Göttingen will das Lokale Bündnis für Familien erhalten. Bildungsdezernent Ludwig Hecke hatte im Oktober

verkündet, dass die Verwaltung die Arbeit des Bündnisses „als abgeschlossen betrachtet“. Die SPD erhofft sich dagegen weiter positive Impulse. kai

Quelle: Rathaus aktuell 3/2009

Kein Feuerwerk in Altstädten

Rechtzeitig zum Jahreswechsel hat der Bundestag Feuerwerk in Altstädten verboten. In der Novelle des Sprengstoffgesetzes wird „das Abrennen pyrotechnischer Gegenstände“ auch in der Nähe von

Reet- und Fachwerkhäusern verboten. Betroffen sind somit vor allem Städte mit historischen Stadtkernen.

kai

www.gesetze-im-internet.de/sprengg_1976/index.html

Difu-News

Forschung rund um die Stadt

Die „Difu-Berichte“ – der aktuelle Newsletter des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) – sind erschienen. Heft 3/2009 und ab Mitte Dezember auch das Heft 4/2009 greifen viele aktuelle kommunalrelevante Themen auf. Neben Forschungser-

gebnissen und Neuerscheinungen des Instituts informiert die Zeitschrift über neue Forschungsprojekte, Fortbildungsangebote und Veranstaltungen rund um das Thema „Stadt“.

difu

<http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte/>

Kommunale Bildungspolitik

Dem Thema „kommunale Bildungspolitik“ widmet sich die aktuelle Ausgabe der Deutschen Zeitschrift für Kommunalwissenschaften. Die Beiträge beleuchten kommunale bildungspolitische Konzepte und Initiativen aus verschiedenen Per-

spektiven. Die Autoren liefern einen Überblick über aktuelle Entwicklungen, den Stand der bildungspolitischen Diskussion in den Städten und Gemeinden sowie notwendige weitere Entwicklungen.

difu

http://www.difu.de/publikationen/dfk/de/09_1/welcome.shtml

Ab in die Mitte

Das Difu wechselt zum neuen Jahr an einen neuen Standort. Nach rund 36 Jahren im traditionsreichen Ernst-Reuter-Haus in Berlin-Charlottenburg zieht das Institut in die Mitte Berlins. Der neue Standort in der Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, liegt auf der ehemaligen Grenze zwischen

Berlin-Mitte und Kreuzberg am Checkpoint Charlie. Der Kölner Difu-Standort (Bereich Umwelt) ist vom Ortswechsel nicht betroffen. Der Umzug war notwendig, um Kostensteigerungen – durch Mietsteigerungen am alten Standort – zu vermeiden.

difu

Rezension: Eine Antwort heißt Solidarkommune

Angesichts Globalisierung und neoliberalen Siegeszugs ist unser bürokratisch-hierarchisches Modell lokaler Demokratie unter Druck geraten. Als Leitbild für oft überforderte Kommunen dient seit Jahren fast allen politischen Kräften in Deutschland die „Bürgerkommune.“ Von ihr aus sind die Grenzen zum „New Public Management“ mit dem „Konzern Stadt“ und Bürgern als „Kunden“ fließend geblieben. Unter der Hand haben sich Eigenbetriebe als GmbH teil- oder durch Verkauf vollprivatisiert. Lokale Politik ist durch die Macht der privaten Hände zu immer ungleicheren Kooperationen gezwungen worden, das Leitbild der „Sozialen Stadt“ wird verfehlt, immer größere Gruppen fühlen sich ausgegrenzt und nehmen an lokaler Demokratie nicht mehr teil – wie sinkende Wahlbeteiligung zeigt.

Will die Politik nicht endgültig als steuernde Kraft in den Kommunen abdanken, muss sie also neue Formen der Stärkung von Demokratie und sozialem Ausgleich finden. Ein Angebot ist der Begriff der „Solidarkommune“, den der Potsdamer Politologe Carsten Herzberg ausgehend von Erfahrungen mit der brasilianischen Stadt Porto Alegre vor allem an breiter Beteiligung der Bürger an Zielen, der Erstellung und Umsetzung des Haushalts entwickelt. Herzberg gibt einen Überblick über sog. Bürgerhaushalte in Deutschland und erarbeitet anhand von Fallbeispielen ein neues lokalpolitisches Leitbild, bei dem Bürgerbeteiligung über symbolische

Teilhabe und auch über die Instrumente Bürgerbegehren und -entscheid hinausreicht. Dabei zeigt sich, dass deutsche Bürgerhaushaltsmodelle bisher im Rahmen der Bürgerkommune bleiben und es zur Kopplung „mit Programmen der sozialen Stadtentwicklung nicht gekommen ist“. (S. 120f.). Die Verfahren sind konsultativ, beteiligen Oberschichtler und lassen Verwaltung und Rat die Kontrolle.

Anhand deutscher (v.a. Berlin, aber auch Hamburg, Köln), aber auch europäischer Beispiele (u.a. Rom, Sevilla) weist Herzberg nach, dass es zunehmend neue Formen gibt, wie soziale und ökologische Aspekte mit Verfahren der demokratischen Entscheidungsfindung verbunden werden (S. 168-216).

Insgesamt zeigt Herzberg, dass Bürgerhaushalte bei uns wenig bewirken, weil Politik und Verwaltung kaum Mitwirkung zulassen. Dabei zeigen gute nichtdeutsche Beispiele, dass durch Mobilisierung der Bürger demokratische, soziale und ökologische u.a. Ressourcen gefördert werden können. Noch ist die Solidarkommune nur „ein akademischer Vorschlag“ (S. 221), zu dessen Realisierung es „zivilgesellschaftlicher Eigenaktivität, guter Qualität der Deliberation, einer Delegation von Entscheidungskompetenzen, Kontrollrechten und Autonomie“ bedarf. Letztere entstehe durch Machtteilungsregeln oder Gegenmacht, so Herzberg (S. 222). Zur Umsetzung einer demokratischen und sozialen Lokalpolitik auf breiter Basis bleibt viel zu tun. sg



Carsten Herzberg, *Von der Bürger zur Solidarkommune. Lokale Demokratie in Zeiten der Globalisierung*, VSA-Verlag Hamburg, 248 Seiten, 17,80 Euro, ISBN 978-3-89965-372-4.

Blick nach Rechts: SPD-Politikerin im Visier von Neonazis

Die SPD-Kreisvorsitzende und stellvertretende Landrätin des bayerischen Landkreises Neumarkt Carolin Braun (Dietfurt) wird von Neonazis bedroht. Wie die SPD-Politikerin gegenüber der Lokalpresse erklärte, wurde vor wenigen Wochen vor ihrer Haustür ein Foto abgelegt, das ein Mitglied der örtlichen „Kameradschaft Altmühltal“, versteckt hinter einer Sturmhaube und bewaffnet mit einer Pistole, zeigt. Darunter steht: „Are you ready to fight?“ Einige Tage später habe sie eine Mail mit dem Text „Nie wieder Juden, nie wieder SPD. Wir kriegen euch alle“ erhalten. Die langjährige Kom-

munalpolitikerin Braun engagiert sich seit Jahren gegen rechtsextreme Umtriebe. 2005 schrieb sie einen Beschwerdebrief an den bayerischen NPD-Landesverband, da SPD-Wahlplakate mit Pamphleten der NPD überklebt worden waren. Daraufhin meldete sich die 2004 gegründete „Kameradschaft Altmühltal“ (Postfachadresse: Dietfurt) in einem Schreiben an Braun zu Wort und unterstellte, dass die SPD ihre Plakate womöglich selbst beschädigt habe. Unterzeichnet wurde der Brief lediglich mit „Kameradschaft Altmühltal“.

am



Blick nach Rechts: „Pro“ agitiert mit Minarettverbot

Die rechtspopulistische „Bürgerbewegung pro NRW“ will in einer gemeinsamen Aktion ihrer Stadtrats- und Kreistagsfraktionen das Thema Minarettverbot in die Kommunalparlamente tragen. „Pro Köln“ wird in der nächsten Stadtratssitzung eine Resolution vorschlagen, mit der die Düsseldorfer Landesregierung aufgefordert wird, die Landesbauordnung zu ändern. In ihr soll, ginge es nach der extrem rechten, selbst ernannten „Bürgerbewegung“, ein Passus aufgenommen werden, der den Bau von

Minaretten ausschließt. Zugleich solle die Stadtverwaltung aufgefordert werden, „bis zur Änderung des Landesbaugesetzes vor Ort alle diesbezüglichen Spielräume des Baugesetzes auszunutzen, um aggressiv-islamistische Machtsymbole wie z.B. Minarette in Zukunft verhindern zu können“, erklärte die „pro Köln“-Fraktionsvorsitzende Judith Wolter. Der Kölner Antrag werde „landesweit von zahlreichen pro-NRW-Fraktionen übernommen“, kündigten die Rechtspopulisten auf ihrer Homepage an. ts

www.bnr.de

Grünes Berlin

Berlin gehört zu den zehn grünen Städten Europas. Im „European Green City Index“ – einem Ranking im Auftrag von Siemens unter Federführung der Economist Intelligence Unit – belegt die deutsche Hauptstadt Platz acht von dreißig. Erster wurde die Stadt des Weltklimagipfels Kopenhagen, letzter die ukrainische Hauptstadt Kiew.

Für die Rangliste betrachteten die Wissenschaftler acht Kategorien: CO₂-Emissionen, Energieversorgung, Verkehr, Wasser, Abfallentsorgung, Luftqualität, Umweltpolitik und Gebäudedämmung. Bei letz-

terer belegt Berlin zusammen mit Stockholm den Spitzenplatz. Seit der Wiedervereinigung wurden vor allem im Ostteil der Stadt Wohnungen energetisch saniert. Auch der Zusammenbruch der die Luft verschmutzenden DDR-Industriebetriebe sorgte für eine Veränderung. So hat Berlin sein Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2010 um 25 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren, bereits erreicht. Bis 2020 soll er nun um 40 Prozent heruntergefahren werden. Derzeit werden in der Hauptstadt noch rund 60 Prozent des Stroms durch Kohleverbrennung produziert. *kai*

Quelle: Tagesspiegel vom 9. Dezember, www.morgenpost.de

Download der Studie: http://w1.siemens.com/entry/cc/de/urbanization.htm?section=green_index

Internetportal „Energieeffiziente Kommunen“

Mit einem Internetportal will die Deutsche Energie-Agentur (dena) Städte und Gemeinden bei der Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen unterstützen. Interessierte finden dort Informationen

zu den kommunalen Handlungsfeldern Gebäude, Verkehr, Stromnutzung, Energiesysteme, Beschaffung und Bürgerinformation. Dazu gibt die Seite einen Überblick über Förderprogramme. *kai*

www.energieeffiziente-kommunen.de

Leitfaden für nachhaltiges Bauen

Der brandenburgische Landkreis Barnim hat ehrgeizige Ziele. Seit einiger Zeit verfolgt er eine Null-Emissions-Strategie und will die bis 2020 beschlossenen Klimaziele der Bundesregierung bereits 2011 erreichen. Dazu wurde ein Leitfaden ausgear-

beitet, der aus einem beschreibenden Textteil und einem Checklistenenteil besteht. In letzterem werden u.a. Maßnahmen des nachhaltigen Bauens anwenderfreundlich beschrieben. *kai*

Download des Leitfadens: http://www.erneuerbar.barnim.de/fileadmin/user/schink/barum111/Download/Barnim_Leitfaden_Einzelseiten.pdf

NRW will Klimaziele streichen

Um den Bau des Kohlekraftwerks in Datteln sicherzustellen, ändert die schwarz-gelbe NRW-Regierung den Landesentwicklungsplan. Laut Kabinetts- und Wirtschaftsausschussbeschluss sollen alle klimapolitischen Ziele darin ersatzlos gestri-

chen werden. Auf diese hatte sich das Oberverwaltungsgericht Münster berufen, als es den Bebauungsplan für das Millionenprojekt des Energieversorgers Eon verwarf. Eon hat bereits den Antrag für einen neuen Bebauungsplan eingereicht. *kai*

www.derwesten.de,
www.nrhz.de

Wärme aus der Erde

Nordrhein-Westfalen setzt auf Erdwärme. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums sind rund 230 Unternehmen zwischen Rhein und Ruhr im Geothermiebereich tätig. Die Branche schafft 4 000 bis 5 000 zusätzliche Arbeitsplätze. 20 Prozent der

bundesweit rund 350 000 Wärmepumpenheizungen befanden sich 2008 allein in Nordrhein-Westfalen. In den kommenden Jahren soll der Marktanteil der Pumpen in Neubauten von zehn auf 20 Prozent verdoppelt werden. *kai*

www.energieregion.nrw.de

Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2010“

Nach der großen Resonanz auf den Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2009“ bieten die Initiatoren – das Bundesumweltministerium (BMU) im Rahmen seiner nationalen Klimaschutzinitiative und die beim Deutschen Institut für Urbanistik angesiedelte „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ – interessierten Kommunen und Regionen

eine neue Chance, sich für ihre vorbildlichen Klimaschutzprojekte auszeichnen zu lassen. Voraussetzung für die Teilnahme sind erfolgreich realisierte Maßnahmen, Strategien oder Aktionen, die in besonderem Maße zur Reduzierung von Treibhausgasen beigetragen haben. Auf die Gewinner warten insgesamt 240 000 Euro Preisgeld. *difu*

Bewerbungsunterlagen sowie weitere Infos ab Mitte Januar unter www.kommunaler-klimaschutz.de

Naturprogramm für Hannover

Unter dem Titel „Mehr Natur in der Stadt!“ hat die niedersächsische Landeshauptstadt ein Programm entwickelt, mit dem sie die biologische Vielfalt im Stadtgebiet erhalten will. Die Maßnahmen reichen von Hilfsprogrammen für einzelne Tier- und Pflan-

zenarten über Konzepte für die Bewirtschaftung städtischer Wälder und Landschaftsräume bis hin zu Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit. Das Programm ist zunächst auf eine Laufzeit von fünf Jahren angelegt. *kai*



Bild: www.pixelio.de, Birgit Winter

Mainz verzichtet auf Kohlekraftwerk

Das umstrittene „Kohleheizkraftwerk Ingelheimer Aue“ wird nicht gebaut. Nachdem zuvor bereits die Finanzierung gescheitert war, sieht nun die Koalitionsvereinbarung des neuen Ampelbündnisses in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz das Projekt als „beendet“ an. Dem Projekt fehle damit der politische Rückhalt, so der Sprecher der Stadt Mainz, Markus Biagioni.

Der kommunale Energieversorger Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW) hatte bereits Ende

Oktober erklärt, die Finanzierung der für rund eine Milliarde Euro auf der Ingelheimer Rheininsel geplanten Anlage sei nicht gesichert. Daraufhin hatte die zuständige Behörde ihre Genehmigung für den sofortigen Bau des Kraftwerks zurückgezogen. Der SPD-OB und die SPD-Ratsfraktion der Stadt Mainz hatten den Kraftwerksbau lange unterstützt, gegen den zwischenzeitlich eine Allianz von Grünen und CDU im Stadtrat aufgetreten war.

sg



Bild: www.pixelio.de, GesaD

Quellen: Frankfurter Rundschau vom 10. Dezember

LBBW-Managern droht Gefängnisstrafe

Die Ermittlungen gegen den Vorstand der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) haben offenbar erste personelle Konsequenzen. So wurde bekannt, dass der zum 30. April 2010 auslaufende Vertrag von Risikovorstand Bernhard Walter nicht verlängert werden soll. Näheres soll bei der Trägerversammlung der Bank am 15. Dezember beschlossen werden. Die LBBW-Zentrale war am vergangenen Montag von Ermittlern der Staatsanwaltschaft und des Landeskriminalamts durchsucht worden. Ein Ermittlungsverfahren gegen die sechs Vorstandsmitglieder mit Ausnahme des erst seit Juni dieses Jahres amtie-

renden Vorsitzenden Hans-Jörg Vetter wurde eingeleitet. Den Managern wird vorgeworfen, pflichtwidrig in Finanzgeschäfte investiert zu haben, obwohl der Markt für US-Hypothekensanpapiere unmittelbar vor dem Zusammenbruch gestanden habe. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Untreue. Im Zuge der Finanzkrise hatte die Bank hohe Verluste eingefahren und musste mit mehreren Milliarden gestützt werden. Die EU-Kommission will ihre Auflagen für die Billigung dieser Beihilfen noch vor Weihnachten bekanntgeben.

kai



Bernhard Walter Bild: www.lbbw.de

Quellen: Handelsblatt und Stuttgarter Zeitung vom 8. und 9. Dezember

Teure Abotickets in Berlin

Laut Eckpunktepapier zum Nahverkehrsplan 2010 bis 2014 will die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung künftig darauf achten, dass Dauerkunden bei Tarifierhöhungen weniger belastet werden. Bisher waren sie, so Hans-Werner Franz, Geschäftsführer Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg, überdurchschnittlich davon betroffen. Die Folge: Nirgendwo brauchen ÖPNV-Nutzer mehr Fahrten, um Dauertickets zu amortisieren, als in Berlin. Laut einer Stu-

die des Centers Nahverkehr Berlin rechnet sich die Monatskarte z.B. in Bremen nach 20, in Düsseldorf und München nach 26, in Hannover nach 29 und in Berlin erst nach 34,3 Fahrten. Um mehr Dauerkunden zu gewinnen, prüft der Senat nun zielgruppenspezifische Angebote nach dem Vorbild des im April 2009 eingeführten Seniorentickets „Abo65plus“. Immerhin ist angesichts der S-Bahn-Krise derzeit nicht mit Preissteigerungen zu rechnen.

sg

Quelle: Berliner Morgenpost vom 7. Dezember, www.stadtentwicklung.berlin.de

Arbeitsgemeinschaft zur Stromversorgung

Auf der Suche nach einem künftigen Partner bei der Stromversorgung haben sich neun baden-württembergische Kommunen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengetan. Die Gemeinden Kernen, Korb, Weinstadt, Remshalden, Winterbach, Rudersberg, Ur-

bach, Plüderhausen sowie die Stadt Lorch wollen sich zunächst gemeinsam beraten lassen und ggf. künftig gemeinsam agieren. Hintergrund sind die 2013 auslaufenden Konzessionsverträge mit der EnBW, die eine Neuausrichtung möglich machen.

kai

Quelle: Stuttgarter Zeitung vom 13. November

Bundesregierung will in Breitband investieren

Die Bundesregierung will in den kommenden Jahren 40 Milliarden Euro in den Ausbau von Breitbandnetzen stecken. Dies kündigte sie in der „Stuttgarter Erklärung“ auf dem IT-Gipfel Anfang der Woche in der baden-württembergischen Hauptstadt an. Bis zur Sommerpause will das Kabi-

nett eine einheitliche Strategie für die Informations- und Kommunikationstechnologie vorlegen. Nach Informationen des Branchenverbands Bitkom sind im Computer-Bereich in den vergangenen fünf Jahren rund 100 000 Arbeitsplätze entstanden.

kai



Bild: pixelio.de, Chris Adel

Quelle: www.spiegel.de

Tipps für die „smarte Kommune“

Im „Whitepaper Smarte Kommune“ stellt das IT-Unternehmen IBM vier Handlungsfelder vor, die den Weg zu einer modernen, bürgerorientierten Kommune weisen sollen. Die rund 20 Expertenbeiträge

behandeln die Bereiche „professionelle Kundenschnittstelle“, „intelligente Prozesse“, „effiziente Service-Center“ und „nachhaltiger Ressourceneinsatz“.

kai

www.05.ibm.com/de/public/literature/index.html

Wir gratulieren ...

nachträglich **Eberhard Menzel**, OB in Wilhelmshaven, der am 1. Dezember seinen 65. Geburtstag gefeiert hat. Dem Partei- und Bundestagsfraktionsvorsitzenden a.D. **Rudolf Scharping**, der am 2. Dezember 62 geworden ist. Am selben Tag feierte der frühere MP von Sachsen-Anhalt, **Reinhard Höppner**, seinen 61. und **Kay Blankenburg**, OB in Bad Kissingen, seinen 52. Geburtstag. **Ute Kumpf**, parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, beging im 4. Dezember ihren 62. Geburtstag. Am 5. Dezember wurde **Jochen Hartloff**, Vorsitzender der Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz, 55 Jahre alt. Weimars OB **Stefan Wolf** feierte am 6. Dezember seinen 48. Geburtstag, Gothas OB **Knuth Kreuch** am 7. seinen 43. Am 9. Dezember wurde SPD-Vordenkder **Erhard Eppler** 83, Nordrhein-Westfalens Generalsekretär **Michael Groschek** 53 und Berlins Landes- und Fraktionsvorsitzender **Michael Müller** 45 Jahre alt. Am 12. Dezember feiert die ehem. Heidelberger OB **Beate Weber** ihren 66. und **Roland Herz**, OB in Saarlouis, seinen 60. Geburtstag. Der ehemalige Verkehrsminister von Sachsen-Anhalt, **Jürgen Heyer**, wird am 15. Dezember 65, Hannovers OB und DEMO-Herausgeber **Stephan Weil** 51 Jahre alt. Am 16.

Dezember begeht Ostfilderns OB **Christof Bolay** seinen 41. Geburtstag. Das frühere MdB **Eckhardt Barthel** wird am 17. Dezember 70 Jahre alt. Am 20. Dezember feiert **Norbert Bischoff**, parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt, seinen 59. und **Martin Schulz**, Vorsitzender der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament, seinen 54. Geburtstag. Der ehem. Bundesarbeitsminister **Herbert Ehrenberg** wird am 21. Dezember 83, Essens OB **Reinhard Paß** 54 Jahre alt. Am 22. Dezember feiert Potsdams OB **Jann Jakobs** seinen 56. Geburtstag. Coburgs OB **Norbert Kastner** wird am 23. Dezember 50 Jahre alt. Der frühere Bundesfinanzminister und OB von Kassel, **Hans Eichel**, feiert am 24. Dezember seinen 68. Geburtstag. Am 26. Dezember wird Celles OB **Dirk-Ulrich Mende** 52. Jahre alt. Würzburgs OB **Georg Rosenthal** begeht am 27. Dezember seinen 63. und der stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Joachim Poß** seinen 61. Geburtstag. Am 28. Dezember wird **Florian Pronold**, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der Bayern-SPD, 37 Jahre alt. Brandenburgs Ministerpräsident **Matthias Platzeck** wird am 29. Dezember 56 Jahre alt.



Nachfragen bei
Kathrin Veh, SPD,
T.: (030) 25991 137

Neustrukturierung des RGRE – Deutsche Sektion

Auf seiner außerordentlichen Delegiertenversammlung am 9. Dezember in München hat die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas eine neue Satzung verabschiedet.

Zum Präsidenten wurde der Stuttgarter OB Wolfgang Schuster (CDU) gewählt. Er löst Bärbel Dieckmann ab. Der frühere OB von Villingen-Schwenningen Gerhard Gebauer wurde Ehrenpräsident.



Mehr Schulden, weniger Investitionen

Das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das am 4. Dezember 2009 von der schwarz-gelben Koalition im Bundestag in dritter Lesung verabschiedet worden ist, führt für die Kommunen zu weiteren Schulden und wird damit dringend notwendige Investitionen blockieren. Das hat auch die Anhörung zu diesem Gesetz aufgezeigt, in der

nicht nur die kommunalen Spitzenverbände, sondern sogar Experten aus der Wirtschaft heftige Kritik an bestimmten Steuererleichterungen geübt haben. Nun muss der Bundesrat in seiner Sitzung am 18. Dezember 2009 über das Gesetz beraten, wobei offen ist, wie sich Schwarz-Gelb die Zustimmung erkaufen wird. *sgk*

Informationen:
www.bundes-sgk.de
www.spdfraktion.de
www.staedtetag.de
www.dstgb.de
www.landkreistag.de
www.bmas.de

Buch „Sozialdemokratie und Kommunalpolitik“

In Zeiten, in denen die Kommunalpolitik in der SPD eine noch stärkere Bedeutung für die Partei gewinnt, sei an die Publikation der Bundes-SGK „Sozialdemokratie und Kommunalpolitik“ erinnert. In diesem Band sind die die programmatischen Schriften der Sozialdemokratie zur Kommunalpolitik seit dem Kommunalpolitischen Grundsatzzprogramm der SPD von 1975 zusammengestellt. Zudem enthält er eine Sammlung von

Aufsätzen, die die historische Entwicklung der Rolle von Kommunalpolitik in der SPD beleuchten und einen Blick in die Zukunft geben. Der Band „Sozialdemokratie und Kommunalpolitik“ erschien anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Bundes-SGK Ende 2008 und ist zum Preis von 19,80 Euro bei der Bundes-SGK erhältlich (ab fünf Stück: 17,80 Euro; ab 20 Stück: 15,80 Euro; jew. inkl. Versandkosten). *sgk*

Informationen und Bestellzettel:
http://www.bundes-sgk.de/sgk/Veroeffentlichungen/Publikationen/Soziald_und_Kommunalp/Sozialdemo_Kopo_Seite.html

Bernd Scheelen bleibt kommunalpolitischer Sprecher

Die SPD-Bundestagsfraktion hat Bernd Scheelen, MdB, aus Krefeld erneut zum Sprecher der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik gewählt. Die Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion entwickelt Initiativen zu wichtigen kommunal-

relevanten Themen im Bundestag und bildet somit die Schnittstelle der Kommunalpolitik zur SPD-Bundestagsfraktion. Die Bundes-SGK freut sich auf eine weiterhin erfolgreiche Kooperation. *sgk*

www.spdfraktion.de

Wettbewerb zur Energieeffizienz

Das Bundeswirtschaftsministerium hat den Technologiewettbewerb „Energieeffiziente Informations- und Kommunikationstechniken für Mittelstand, Verwaltung und Wohnen – IT2Green“ gestartet. Er

zielt darauf, intelligente Lösungen für weniger energieverbrauchende Informations- und Kommunikationstechnologien zu fördern. Projektskizzen können bis zum 31. Mai 2010 eingereicht werden.

www.it2green.de

Jahresprogramm der KommunalAkademie

Das Programm der FES-KommunalAkademie NRW für 2010 ist erschienen. Auf 20 Seiten bietet es eine

Übersicht über die Veranstaltungen und Seminare, die im Jahr der Landtagswahl angeboten werden.

www.fes-kommunalakademie.de

Band „strategische Kommunalpolitik“

In der Reihe „Texte der KommunalAkademie“ ist der Band „Strategische Öffentlichkeitsarbeit für die

Kommunalpolitik“ erschienen. Er ist gegen eine Schutzgebühr von fünf Euro erhältlich.

Bestellung:
markus.troemmer@fes.de

Leitbildbroschüre „Naturparke in Deutschland“

Naturparke sind moderne Instrumente des Naturschutzes und der nachhaltigen Regionalentwicklung. Einen Überblick bietet die Leitbildbroschüre

des Verbands Deutscher Naturparke (VDN) „Naturparke in Deutschland – Aufgaben und Ziele“, die jetzt erschienen ist.

Download:
www.naturparke.de

Taschenbuch für den Wohnungswirt

Das „Taschenbuch für den Wohnungswirt 2010“ gibt einen fundierten Ausblick auf die Herausforderungen, die auf die Wohnungswirtschaft im kommenden Jahr zukommen und bietet fundierte

Antworten an. Erklärt werden neue Gesetze und Verordnungen, ergänzt durch Tabellen, Daten, Übersichten und ein umfangreiches Adressverzeichnis.

Taschenbuch für den
Wohnungswirt 2010, 14,80 Euro,
ISSN 0496-9146,
www.immo-medienwelt.de

„Leitfaden für die Ratsarbeit“

Der „Leitfaden für die Ratsarbeit“ möchte kommunale Mandatsträger in die Lage versetzen, sich schnell mit den notwendigen Rechtskenntnissen und Begriffen vertraut zu machen, die für die prak-

tische Arbeit unerlässlich sind. Einen Schwerpunkt bildet das neue Haushaltsrecht. Der Leitfaden richtet sich vor allem an Ratsmitglieder in Nordrhein-Westfalen.

Hans Gerd von Lennep, Hanspeter Knirsch: Leitfaden für die Ratsarbeit,
ISBN: 978-3928349109

Plattform für interkommunale Zusammenarbeit

Mit der Datenbank „IKZ in der Praxis“ von Gemeinde- und Städtetag Baden-Württemberg soll die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen

verbessert werden. Auf der Internetseite werden Beispiele aufgeführt, was Gemeinden gemeinsam besser und billiger erledigen können.

www.ikz-bw.de

DGB-Papier zu Spuren der Wirtschaftskrise

Die Wirtschaftskrise hinterlässt deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt – aber auch in den kommunalen Haushalten. Eine Analyse, wie es dazu kom-

men konnte und welche Lösungen es gibt, bietet ein Papier des DGB, das im Internet heruntergeladen werden kann.

Download:
www.dgb.de/2009/11/16_adamy_krise_arbeitsmarkt

Roadshow „Besseres Licht“

Der Fachverband Licht veranstaltet eine Roadshow mit dem Titel: „Besseres Licht – weniger Kosten: Kommunen rüsten um“. Start ist am 12. Januar 2010

in der IHK Trier. Weitere Termine: Potsdam, 14., Stuttgart, 26. und Essen, 28. Januar, Hamburg, 4. und München, 16. März und Frankfurt, 15. April.

www.zvei.org/roadshow

Gesundheitsförderung im Stadtteil

Einen „Ideen- und Methodenkoffer“ für die gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung soll die Arbeitshilfe „Kinder- und jugendbezogene Gesundheitsförderung im Stadtteil“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) sowie des Bundesverbands der Betriebskrankenkassen (BKK) sein. Sie zeigt auf, wie

kinder- und jugendbezogene Gesundheitsförderung als Teil der Stadtteilentwicklung und des Quartiersmanagements erfolgreich und qualitätsgesichert implementiert und etabliert werden kann. Dazu bietet sie eine Vielzahl von Best-Practice-Beispielen.

Kinder- und jugendbezogene Gesundheitsförderung im Stadtteil,
33 Euro, ISBN: 978-3-88118-471-7

Termine im Dezember 2009/Januar 2010

Am 15. Dezember findet in Berlin das Seminar „Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung“ des Deutschen Instituts für Urbanistik statt.

Anmeldung: zwicker-schwarm@difu.de

Am 18. Dezember wird bei einer öffentlichen Veranstaltung in Köln Bilanz nach drei Jahren der NRW-Landesinitiative „Modell-Land Kulturelle Bildung NRW“ gezogen. **Anmeldung:**

www.kulturellebildung-nrw.de/Veranstaltung

Am 11. Januar findet in Berlin das Seminar „EEWärmeG und EnEV im Vollzug“ statt.

Anmeldung: maehring@vhw.de

Vom 12. bis 13. Januar findet in Ludwigsburg die Jahrestagung des Deutschen Landkreistags statt.

Infos: meike.hinrichs@landkreistag.de

Vom 15. bis 16. Januar finden in Potsdam die 14. Bauleitersgespräche des Bundes Deutscher Landschaftsarchitekten BDLA statt.

Infos und Anmeldung: www.bdla.de

vom 19. bis 21. Januar findet in Berlin die 17. Han-

delsblatt-Jahrestagung unter dem Motto „Energie-wirtschaft 2010“ statt.

Anmeldung: anmeldhb@informa.com

Vom 21. bis 22. Januar findet in Berlin der „Internationale Kongress Modelle des Bürgerhaushalts“ statt.

Infos und Anmeldung: www.service-eine-welt.de

Am 25. Januar findet in Leipzig die Diskussion „Energieeffizienz und Klimaschutz“ statt.

Anmeldung: 0341/1236000

Am 26 und 27. Januar findet in Düsseldorf das VKS-Training „Disponieren von Personal, Fahrzeugen und Abfällen“ statt.

Infos und Anmeldung: berlin@obladen.de

Am 28. Januar findet in Ahlen das VKS-Seminar „Abfallbehälter und Gebührenpolitik“ statt.

Anmeldung: berlin@obladen.de

Der nächste DEMO-Newsletter erscheint Ende Januar 2010. Mehr Termine unter www.demo-online.de/termine. Alle Angaben wie immer ohne Gewähr.

Bestellcoupon für die DEMO

Die Demokratische Gemeinde, kurz DEMO, erscheint jeden Monat. Das Einzelheft kostet 6,65 Euro zuzügl. 1,53 Euro Versand. Die DEMO gibt es auch im Jahresabo für 69 Euro frei Haus. Schüler/innen und Studenten zahlen 38,35 Euro frei Haus. Ich bestelle:

- die nächste Ausgabe der DEMO
- Das Jahresabo der DEMO ab der nächsten Ausgabe zum Preis von 69 Euro und erhalte dazu das Handbuch „Deutschland kommunal 2009“
- Das Jahresabo für Schüler/innen und Studenten/innen ab der nächsten Ausgabe zum Preis von 38,35 Euro (bitte Nachweis beilegen)
- ein kostenloses Probeexemplar der DEMO
- Das Handbuch „Deutschland kommunal 2009“ zum Preis von 22,50 Euro zzgl. Porto und Versand.

Name: _____

Adresse: _____

E-Mail: _____@_____

Datum/Unterschrift: _____

Das Abo verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird. Diese Bestellung kann innerhalb von einer Woche gegenüber der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin, widerrufen werden. Es gilt das Datum des Poststempels.

www.demo-online.de

Der DEMO-Newsletter geht an mehrere tausend Mailadressen. Wenn Sie jemanden kennen, der uns gerne kennenlernen möchte, teilen Sie uns bitte seine Mailadresse mit.

Wenn Sie im Newsletter werben wollen, wenden Sie sich bitte an Henning Witzel,

T.: (030) 25594175 oder witzel@demo-online.de. Wir freuen uns auf Ihre Post.

Falls Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, senden Sie bitte eine Mail an tanski@demo-online.de mit dem Betreff „keinen Newsletter mehr“.

Impressum: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Redaktion Demokratische Gemeinde, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin. Redaktionelle Bearbeitung: Kai Doering (kai), Daniel Faas (dafa), Norbert Seeger (nr). V.i.S.d.P.: Stefan Grönebaum